

# Arbeiter-Zeitung

Verlag: ...  
Preis: ...  
Abonnements: ...

für Schlesien und Oberschlesien  
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlag: ...  
Preis: ...  
Abonnements: ...

## Verteidigt eure Presse!

### Nach sieben Wochen Verbot der „Roten Fahne“ zwei Redakteure verhaftet

Genosse Werner Hirsch, Redakteur der „Roten Fahne“, ist am 22. Juni nach einer Vernehmung auf dem Polizeipräsidium verhaftet worden. Er wurde unter dem Vorwand, daß der vernehmende Untersuchungsrichter bereits fortgegangen sei, und erst am nächsten Abend wiederkomme, festgesetzt. In der Nacht zum Sonnabend folgte dann die Verhaftung des „Rote-Fahne“-Redakteurs Slang, der, ebenso wie Hirsch, beschuldigt wird, durch Veröffentlichung einiger Artikel „Hochverrat vorbereitet“ zu haben. Beide Genossen haben seit Jahren ihren Wohnsitz in Berlin, es kann weder von Verdunke-Lungens noch von Fluchtgefahr die Rede sein. Der wahre Grund der Verhaftung ist, daß die gesetzlich zulässige Höchstfrist für das Verbot der „Roten Fahne“ am Sonnabend abließ, und das Zentralorgan der kommunistischen Partei seit Sonntag wieder erscheint.

Der Verhaftung von angeklagten Redakteuren der Arbeiterpresse vor Verhandlungsbeginn entspricht an die schlimmsten Verfolgungen der proletarischen Presse in der Vorkriegszeit. In den letzten Jahren der Kriegsjahre waren es nicht einmal die Redakteure der „Roten Fahne“, sondern die Arbeiterredakteure der „Arbeiter-Zeitung“, die in der Verhaftung der Genossen Hirsch und Slang gehört zu dem Nachschub der Sozialfaschisten gegen die kommunistische Presse. Der Oberreichsanwalt wird zum Bundesgenossen der Jörgiebel-Grzesinski und Severing. Mit der Anklageerhebung und Verhaftung der kommunistischen Redakteure, will die Müller-Severing-Regierung die weitere Aufhebung der schändlichen Maimorde verhindern. Fordern doch jetzt selbst bürgerliche Gelehrte, wie der bedeutende Jurist und ehemalige Polizeipräsident Professor Singheim eine energische Untersuchung der Berliner Maimorde. Zugleich aber soll durch den Nachschub gegen die kommunistische Presse die Mobilisierung der Arbeiterschaft zum 1. August beeinträchtigt und die ideologische Vorbereitung für das Verbot der KPD geschaffen werden.

Die Verfolgungskampagne gegen die kommunistische Presse signalisiert der gesamten Klassenbewussten Arbeiterschaft, daß der Kurs der Sozialfaschisten sich weiter verschärft.

Die seit Sonntag wieder erscheinende „Rote Fahne“ schreibt: Die „Rote Fahne“ ist wieder da! Aber der „blutige Jörgiebel“, wie ihn bürgerliche Journalisten in ihren Zeitschriften heute öffentlich nennen, schenkt dem Blatt des Proletariats keine Atempause. Auf keine Anzeiger hin hat gestern, ausgerechnet einen Tag vor Wieder-

erscheinen des Zentralorgans der KPD, der Oberreichsanwalt die beiden Redakteure, Genossen Hirsch und Slang (Hampel) wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaften lassen. Das Schicksal soll mehreren anderen mit Vorladungen über sich wemmen Redakteuren bereitet werden.

Nein, die Feinde schenken uns keine Atempause. „Die Ausführungen, daß es nur auf gewaltsamem Wege möglich sei, allen Schrecken des kapitalistischen Regimes, der Ausbeutung der Millionenmassen und den Greueln des herannahenden imperialistischen Krieges ein Ende zu setzen, dienen der Untergrabung der Staatsform und darüber hinaus der Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes der Verfassung. Das Verbot ist somit gerechtfertigt.“

Das ist kein Auszug aus irgendeinem wilhelminischen Polizeiregulations gegen die Vorkriegsarbeiterpresse; das ist vielmehr des Sozialdemokraten Jörgiebel Begründung für die Unterdrückung der „Roten Fahne“ auf die höchste gesetzlich zulässige Frist.

Was Karl Marx und Friedrich Engels uns lehrten — die Notwendigkeit des Sturzes der bürgerlichen und die Errichtung der proletarischen Diktatur — wir dürfen es nicht schreiben. Wofür Berlins Arbeiter im vorigen Jahrhundert während des Sozialistengesetzes von Bismarck und Buttler zu Hunderten ausgewiesen und eingekerkert wurden, — der sozialdemokratische Polizeiherr erlaubt es uns nicht zu sagen.

Die auf dem roten Banner, das der organisierten Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen vorangetragen wird, geschriebenen ewig gültigen Sätze wischt der Reformist aus, und an ihre Stelle setzt er die neue Lehre, deren oberste Gebote, die Erhaltung des kapitalistischen Privateigentums und der Raub der Arbeiterrechte, mit Parabelumpistolten und Gewehrgranaten, mit Panzerwagen und Karabinern gegen wehrlose Menschen durchgesetzt wird.

Aber hatten wir denn etwas Neues gesagt? Oder legte die „Rote Fahne“ seit den Tagen, da sie von Rosa und Karl gegründet wurde, seit den über zehn Jahren ihres Bestehens, nicht immer wieder das Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf ab, rief sie und mit ihr die kommunistische Partei nicht immer wieder zur proletarischen Sammlung und zum Sturz der herrschenden Bourgeoisie auf? Unsere Tendenz, unser Ziel, unsere Sprache hat sich um kein iota geändert.

Legal oder illegal, verboten oder genehmigt — wir bleiben Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, bleiben Anwalt aller Enterbten und Schaffenden. Und unser letztes Wort wird immer und überall dasselbe sein, das Karl Marx vor genau 80 Jahren seinen Lesern zurief, als die „Neue Rheinische Zeitung“ von der königlichen Regierung mit buchstäblich derselben Begründung verboten wurde, wie vor vier Wochen die „Rote Fahne“ von den Republikanern: „Emanzipation der arbeitenden Klasse!“

## Täglich neue Hochverratsverfahren gegen die „Arbeiter-Zeitung“

Sechs Artikel unter Anklage des Oberreichsanwalts

Breslau, 24. Juni.  
Am 22. d. M. wurde der verantwortliche politische Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Genosse Dombrowski, von dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts vernommen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß sechs Artikel, von denen fünf nach dem 1. Mai erschienen sind, unter Anklage gestellt sind, und die Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung eröffnet worden ist. (Die Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung erblickt der Oberreichsanwalt — der sich auf das berüchtigte Reichsgerichtsurteil stützt — in der Zugehörigkeit zum Funktionärskörper der kommunistischen Partei Deutschlands.) Und die „Vorbereitung zum Hochverrat“ soll in der Aufnahme von Artikeln und Aufrufen (zwei Auf-

rufe des Zentralkomitees der KPD, vom 2. und 8. Mai sowie in einem Artikel, der am 3. Juni veröffentlicht wurde und der die Geheimbesprechungen des Reichsbanners zwecks Aufrichtung der Müllerdiktatur behandelt) bestehen. Die Häufung der Anklagen und das Tempo, mit dem die Voruntersuchung eingeleitet wird, kennzeichnet den Zweck der Hebung. Es handelt sich bei der Aktivität des Oberreichsanwalts nicht um eine lokale Erscheinung; die Redakteure der kommunistischen Zeitungen in allen Teilen des Reiches erhalten seit dem 1. Mai serienweise Anklagen. Die Verhaftung der Redakteure der „Roten Fahne“ kurz vor Ablauf des Verbotes kennzeichnet den Kurs. Beschlagnahmungen, Dauerverbote der kommunistischen Presse, Massenanklagen gegen kommunistische Redakteure, Preisgabe der Immunität der kommunistischen Abgeordneten, Verfolgung aller kommunistischen Funktionäre — das gehört zum sozialfaschistischen Kurs wie der Panzermäher zum Groener und der Hilszbindung zum Rebbach der Großverdiener. Der Oberreichsanwalt ist ein — wenn auch sehr wichtiges — Glied in der Kette zur Fesselung der revolutionären Arbeiterschaft und zur Vorbereitung des Verbots der KPD. Wenn die kommunistische Presse verboten, ihre Funktionäre in erster und letzter Instanz „im Namen des Reiches“ zu langjährigen Strafen verurteilt sind, dann glaubt die Müller-Regierung einen Teil der Schwierigkeiten, die nach Severings Geständnis bei einem Verbot der kommunistischen Partei überwunden werden müssen, beseitigt zu haben. Bei der Befreiung des Tempos der Untersuchungen läßt sich der Oberreichsanwalt nicht zuletzt von dem Bestreben leiten, vor dem 1. August die Hochverratsanklagen zur Verhandlung zu bringen. — Die Müller-Regierung und der ihr und dem Reichsbanner so treu zur Seite stehende Oberreichsanwalt werden sich täuschen. An Stelle jeder verbotenen kommunistischen Tageszeitung werden illegale Kampfblätter und Hunderte Betriebszeitungen entstehen. Einige Redakteure kann man einsperren und sie dem Klassenkampf für begrenzte Zeit entziehen. Nicht auszuheben sind die Betriebszellenredakteure in den Fabriken. Nicht zu verbieten, nicht zu verhaften sind die Tausende Agitatoren in Betrieb, Hütte und Werkstatt. Will die Müller-Regierung und der Oberreichsanwalt diese „unschädlich“ machen, dann müssen sie die Betriebe schließen. Die Antwort an den Oberreichsanwalt muß daher lauten: Verteidigt die „Arbeiter-Zeitung“, kämpft sie, schafft neue Arbeiterkorrespondenten und vermehrt die Zahl der Betriebszeitungen. Verwurzelt die Arbeit der Partei in Betrieb und Werkstatt, bereitet die Antikriegsdemonstration so vor, daß der 1. August allen Arbeiterfeinden, insbesondere den Sozialfaschisten und dem Oberreichsanwalt, zeigt: Die kommunistische Partei hat in jedem Betrieb eine Festung, sie sammelt die Mehrheit der Arbeiterschaft in Stadt und Land, sie ist unüberwindlich! Unüberwindlich trotz der sozialfaschistischen Dreieinigkeit: Severing, Grzesinski und Oberreichsanwalt!

## Heute Verhandlungen über Verbindlichkeitserklärung des Textilspraches

Breslau, 24. Juni.

Heute finden im Reichsarbeitsministerium des Sozialdemokraten Wiffell die Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für die schlesischen Textilarbeiter statt. Der Hungerchiedspruch ist von uns wiederholt als solcher gekennzeichnet worden. Er läßt alle Forderungen zum Manteltarif (Arbeitszeit, Urlaub) unerfüllt und bringt lediglich den Stundenlöhnen eine Zulage von 2,8 Pfennigen in der Spitze bei einer Laufdauer bis Oktober 1930. Der Spruch entspricht voll den Wünschen der Unternehmer. Der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung ist seitens der Gewerkschaftsbürokraten gestellt worden. Dadurch sollen die Unternehmer eine „dauerhafte Berechnungsbasis“ erhalten und das Elend der Arbeiter soll auf Jahre hinaus verlängert werden.

Textilarbeiter, lehnt nach wie vor den Schiedspruch ab! Haltet fest an euren Forderungen!

Die Gewerkschaftsbürokratie setzt den Verrat an euch fort. Durchkreuzt ihn durch Wahl von Kampfleitungen in den Streikversammlungen!

Setzt den Kampf für eure Forderungen unter Führung der selbst-

gewählten Kampfleitungen und der revolutionären Gewerkschaftsopposition auch trotz der drohenden Verbindlichkeitserklärung fort!

## Um den Schiedspruch im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau

M. Gleiwitz, 22. Juni. Nachdem der Schiedspruch im west-ober-schlesischen Steinkohlenbergbau, der eine Lohnerhöhung von 4 Prozent vorsieht, von Arbeitgeberseite abgelehnt worden war, ist bekanntlich von den Arbeitnehmern Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt worden. Im Reichsarbeitsministerium haben bereits die üblichen Vorverhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung stattgefunden, wobei beide Parteien gehört wurden. Von Arbeitgeberseite ist auch bei diesen Vorverhandlungen der ablehnende Standpunkt aufrechterhalten worden. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister. Es dürfte mit einer Verbindlichkeitserklärung zu rechnen sein.

Der Schiedspruch, der von den Gewerkschaftsbürokraten des BVB. und ihren getreuen Funktionären angenommen wurde, bringt den Bergleuten 2,5 Pfennige Zulage pro Schicht. Die Kampels fordern 1,50 Mark. Aufgabe der Bergarbeiter ist es, noch in letzter Stunde trotz der drohenden Verbindlichkeitserklärung den Kampf für ihre Forderungen unter Führung selbstgewählter Leitungen aufzunehmen.



# Das Ausnahmegesetz gegen die revolutionären Arbeiter wird verlängert

In der Freitagssitzung des Reichstages wurde die Verlängerung des Ausnahmegesetzes in namentlicher Abstimmung mit 256:124 Stimmen beschlossen. Für die Verlängerung des Ausnahmegesetzes stimmten alle Regierungsparteien und die Wirtschaftspartei. Die Geltungsdauer wurde vorläufig bis zum 30. Dezember 1930 festgelegt. Abgelehnt wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten alle kommunistischen Streikungsanträge und auch der kommunistische Antrag, der ein endgültiges Verbot für die Hinreise Wilhelms II. fordert. Des Weiteren wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt der kommunistische Antrag auf Konfiszierung der Vermögen der früher regierenden Fürstendhäuser und ihre Verwendung für die Kriegswaffen.

Die Einberufungen wurden eigens ausgesetzt, um die Verlängerung des Ausnahmegesetzes noch vor den Sommerferien unter Dach und Fach zu bringen. Präsident Brüning hatte es so eilig, daß er die zweite und dritte Lesung am gleichen Tage vornehmen wollte. Dem wurde jedoch widersprochen. Die Debatte über die Verlängerung des Ausnahmegesetzes war ungemein lehrreich, denn es konnten die politischen Hintergründe, die zur Verlängerung dieses Gesetzes maßgebend sind, aufgezeigt werden.

Als erster Redner sprach der Deutschnationale Dr. Overling, der eine überaus klägliche Rolle als Verteidiger der Monarchie abgab. Overling wandte sich nicht aus allgemeinpolitischen Gründen gegen das Ausnahmegesetz, sondern lediglich, weil es die nötige Kritik am republikanischen System verhandelt. Im Prinzip sind die Deutschnationalen mit diesem Gesetz reiflos einverstanden.

Der Nationalsozialist Wagner war in wenigen Minuten mit seiner Rede gegen das Ausnahmegesetz fertig. Die Aufzählung der Fälle, bei denen man besonders auf Grund des Ausnahmegesetzes gegen faschistische Organisationen vorgegangen ist, kann auch nicht lange Zeit in Anspruch nehmen.

Darauf meldete sich der Justizminister v. Guérard zum Wort. Er begann und schloß seine Rede mit einer Verbeugung vor den Deutschnationalen. Sie konnten doch ruhig dem Ausnahmegesetz zustimmen. Im übrigen gelobte Herr Guérard den Deutschnationalen ausdrücklich, daß er die „Schlitzen“ des Ausnahmegesetzes gegen rechts mäßigen werde.

Für den Genossen Maslowki war es also ein Leichtes, den Sinn der Verlängerung des Ausnahmegesetzes aufzuzeigen. Die Reulenschläge wirkten auf die Sozialdemokraten seine genauen Angaben über die Auswirkungen des Ausnahmegesetzes gegen die revolutionären Arbeiter. Das Gesetz

wurde geschaffen unter dem Motto: „Der Feind steht rechts.“ Über das Gesetz war von der ersten Stunde bis zum heutigen Tage ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse. Dieses Ausnahmegesetz muß sich die Hermann-Müller-Regierung ausdrücklich von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages verbriefen lassen, um die Ausplünderung der Arbeiter und die Niederhaltung des revolutionären Proletariats weiterhin durchzuführen. Die Verlängerung des Ausnahmegesetzes ist aber nichts anderes, als der Ausdruck der verschärfsten Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Ein erbarmungsloses Schauspiel, zu sehen, wie der „Anke“ Sozialdemokrat Rosenfeld auf der Tribüne des Reichstages stand und die Verlängerung des Ausnahmegesetzes begründete. Lange Gesichter bei seinen Fraktionsgenossen allerdings, als Rosenfeld feststellte, daß dieses Gesetz fast lediglich gegen Links angewandt wird. Dies auszusprechen, war anscheinend Herrn Rosenfeld nicht gestattet. Aber dann kam der linke Salto mortale. Rosenfeld fragt die Kommunisten: Ja, gibt es denn überhaupt ein Gesetz, das sich nicht besonders gegen die Linken wendet? Und weil es ein solches Gesetz nicht gibt, darum meint Rosenfeld, könne man auch dem Ausnahmegesetz seine Zustimmung geben, denn es enthalte immerhin den Kaiserparagraphen. Durch schallende Heiterkeit wurden solche Ausführungen vom ganzen Hause quittiert. — Da es üblich ist, daß „Anke“ Sozialdemokraten, so oft sie im Reichstag sprechen, irgend etwas den Arbeitern versprechen, so wollte er seine Rede offenbar nicht ohne rhetorische Floskeln beenden. Und Rosenfeld sprach: „Man kann gewiß nicht durch Strafen die Arbeiter zur Liebe zwingen. Darum werden wir dafür sorgen, daß die jetzige Republik umgewandelt wird in eine sozialistische Republik.“ Man hat wohl selten eine solche einstimmige Heiterkeit im Reichstag gehört, als nach dieser Redeblüte des Herrn Rosenfeld. Wenn solch ein politischer Unsinn schon kaum mehr von den Massen des Volkes geglaubt wird, wie muß er erst auf die abgeklärtesten bürgerlichen Abgeordneten wirken, die ihre Pappentheimer kennen. Deutschnationale und Volksparteiler lachten aus vollem Halse, und Rosenfeld ging vom Rederpult, ohne daß sich eine Hand seiner Fraktionsgenossen zum Beifall rührte, ohne daß auch nur ein Bravo zu vernehmen war. Lebhafte am Stenographentisch stand Paul Levi und rief ein begeistertes „Sehr richtig!“

Es sprach dann noch der Courth-Mascher des deutschen Volkes, der Demokrat Kütz, natürlich für die Verlängerung des Ausnahmegesetzes. Dem folgte der Wirtschaftsparteiler Drenth, der auf den „Dreh“ kam, daß seine Partei nur dem Gesetz zustimme, wenn es auf ein Jahr verlängert würde. Mit diesem Dreh rettete er die Situation, denn sein Antrag wurde schließlich angenommen.

Ergebnisse der Arbeiterkassen an allen Orten des Reichs mitzuteilen. Die Arbeiterkassen sind nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses noch mehr wie bisher wissen: Die Sozialdemokratie und ihr Polizeipräsident Jürgel sind die Blutschuldigen und gehören an den Pranger!

## Die Bezirksleitung Schlessen für die Beschlüsse des Reichsparteitages

Breslau, 24. Juni.

Am Sonntag fand in Breslau die Plenarsitzung der Bezirksleitung Schlessen statt. Sie nahm nach den Beschlüssen der Parteitagss delegierten Stellung zu den Beschlüssen des 12. Reichsparteitages und faßte einstimmig nachstehende Resolution:

„Die Bezirksleitung Schlessen stimmt den Beschlüssen des 12. Reichsparteitages der KPD zu und erklärt sich mit der Haltung der schlesischen Delegation einverstanden. Sie stellt fest, daß der 12. Reichsparteitag einer höheren Reifezeit in der Entwicklung der Partei hinsichtlich seiner Zusammenfassung und des beherrschenden Einflusses der Betriebsbelegierten, als auch in seinem internationalen Charakter und der Homogenität der Führung erreicht hat. Sie begrüßt die Wendung, die der Parteitag in Bezug auf die Arbeit unter den Frauen gemacht hat und die größere Aufmerksamkeit und Anerkennung der erhöhten Bedeutung der Arbeit in den Ostprovinzen. Sie verpflichtet sich, die Beschlüsse des Reichsparteitages durchzuführen, und insbesondere alle Kräfte auf die Durchführung folgender wichtigsten Hauptaufgaben zu konzentrieren:

1. Kampf gegen den Interventionismus gegen die Sowjetunion und intensive Vorbereitung des Antikriegstages am 1. August.
2. Entfesselung großer Wirtschaftskämpfe zur Abwehr der kapitalistischen Offensive auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse.
3. Ihre Steigerung zu politischen Aktionen gegen die Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie und die brohende faschistische Diktatur.
4. Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse in den entscheidenden Schichten für den Kommunismus, bei höchstem Kampf gegen den Reformismus, unter Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten.

## Walter-Landeshut aus der Partei ausgeschlossen

In der gestrigen Sitzung der Bezirksleitung wurde auf ein stimmigen Beschluß Walter, Landeshut, aus der Partei ausgeschlossen, weil er entgegen seiner abgegebenen Erklärungen auf den Langenbielauer und Schmelbnitzer Bezirksparteitagen die Partei bisjährl wiederholt groß verlebt und die Gewerkschaftsarbeit der Partei während des Textilarbeiterkampfes zum Schaden der Arbeiterkassen planmäßig sabotiert hat.

## Kommunistischer Wahltag in Schwerin Verlust der Sozialdemokratie

21. Schwerin, 24. Juni. Nachdem nunmehr die Ergebnisse aus der Mehrzahl der Bezirke — es fehlen noch 24 Bezirke — vorliegen, ergeben sich für die einzelnen Parteien folgende Zahlen: Sozialdemokraten 117 803, 20 Sitze (1927: 126 748, 21); Einheitsliste 186 427, 23 (143 942, 24); Kommunisten 18 181, 3 (15 718, 3); Volkswohlfahrt 7453, 1 (10 002, 2); Demokraten 8779, 1 (8982, 1); Nationalsozialisten 12 554, 2 (5589, —); Bauernbund 7713, 1 (—, —).

## Zum sechsten Mal beschlagnahmt

„Neue Zeitung“ in München wieder von der faschistischen Polizei beschlagnahmt

München 21. Juni. (Eig. Bericht.) Die letzte Nummer der „Neuen Zeitung“ in München und der „Nordbayerischen Volkszeitung“ in Nürnberg wurden wiederum beschlagnahmt. Nach Ansicht der bayerischen faschistischen Polizei stellt nämlich das Manifest des 12. Parteitagess an die deutsche Arbeiterkassen eine Aufforderung zum Hochverrat dar. Die Beschlagnahme ist die sechste in wenigen Wochen.

## 260 Jahre Zuchthaus gegen polnische Arbeiter

21. Warschau, 22. Juni. Vor dem Grodnoer Bezirksgericht ist der große Prozeß gegen 71 Angehörige der weißrussischen Minderheit am Freitagabend zu Ende geführt worden. Die meisten waren der Spionage, kommunistischer Umtriebe usw. angeklagt. Drei von ihnen wurden zu zehn, zwölf und fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, während weitere drei acht Jahre Zuchthaus, Neben angeklagte sechs Jahre Jahre, neun Angeklagte fünf Jahre, 28 vier Jahre und zehn je zwei Jahre Zuchthaus erhielten. 16 Angeklagte wurden freigesprochen. Das Gesamtstrafmaß hat die immerhin ungewöhnliche Höhe von 260 Jahren Zuchthaus erreicht.

# Massenmeetings in Waldenburg und Langenbielau

## Gewaltiger Aufmarsch bei den Max Hoelz-Versammlungen

Waldenburg, 24. Juni.

Am Sonnabendnachmittag traf der Genosse Max Hoelz auf dem Bahnhof Dittersbach ein, wo ihm ein begeisterter Empfang bereitet wurde. Es formierte sich ein Demonstrationenzug, der mit Musik und Gesang revolutionärer Lieder nach dem Lokal „Ziefbau“ marschierte. Genosse Schulz eröffnete die Kundgebung und begrüßte Max Hoelz im Namen der revolutionären Arbeiterkassen von Waldenburg. Darauf erhielt Hoelz das Wort. Stürmischer Beifall begleitete seine Ausführungen. Anschließend an die Kundgebung in Dittersbach formierte sich erneut ein Demonstrationenzug von etwa 1000 Personen und marschierte nach der „Biehwiede“ in Waldenburg. Etwa 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen an der Kundgebung teil. Wieder ergriff Genosse Hoelz das Wort. Seine Ausführungen wurden wieder und wieder von begeisterten Zurufen begleitet. Anschließend sprach Genosse Schulz über die politischen Aufgaben, die vor den revolutionären Arbeitern stehen. Mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ wurde die impo-jante Kundgebung geschlossen. Wieder formierte sich ein grandioser Demonstrationenzug und marschierte in der bereits einbrechenden Dunkelheit durch mehrere Straßen der Stadt.

Trotzdem die von der kommunistischen Partei angeführte Massen-kundgebung in Langenbielau vormittags 10 Uhr stattfand und die Gewerkschaftsbürokratie alles versucht hatte, um die Arbeiter von der Kundgebung fernzuhalten, nahmen über 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen an derselben teil. Genosse Max Hoelz sowie Genosse Meyer brandmarkten insbesondere die Ausbeutung der Textilarbeiter in Vergangenheit und Gegenwart und forderten die Ausgesprochenen auf, mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die ausgepöbelten Forderungen gegen den Schandfriedensvertrag zu kämpfen. Die von glänzendem Kampfsgeist erfüllte Kundgebung zeigte wiederum, wie eng die kommunistische Partei mit den Massen der Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen verbunden ist und trotz der Heze und der Verleumdungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie vorwärts schreitet.

## Exemaliger Polizeipräsident Professor Einzheimer gegen die Berliner Maimörder

Die der „Montag-Morgen“ meldet, wird in der kommenden Nummer der juristischen Fachzeitschrift „Die Justiz“, der Professor Hugo Einzheimer, ehemals Polizeipräsident von Frankfurt, schwere Anklagen gegen die Berliner Polizei und den Preussischen Landtag erheben. Einzheimer schreibt u. a.: „Schon jetzt müssen wir gegen den Preussischen Landtag den Vorwurf erheben, daß er, obwohl zur Kontrolle der Staatsanwaltschaft berufen, diese Kontrolle in ausreißender Weise nicht aus-gelbt hat. Mit einer vernünftigen Sorglosigkeit ist man jenen Anklagen gegenüber einfach zur Tagesordnung übergegangen. Diese Sorglosigkeit widerspricht den geistigen Grundlagen, auf denen unser Staatsrecht beruht. Sie widerspricht auch der ganzen Freiheits-politik der Demokratie in Deutschland, die niemals verkannt hat, Lebensbedingungen bereit einzulassen, wenn Vorgänge ähnlicher Art

behauptet wurden. Aus solcher Freiheitsgeschichte ergibt sich die Verpflichtung, heute da nicht zu schweigen, wo früher Leiden-schaftlich gesprochen wurde. Dem Landtag steht das Recht zu, Tatsachen durch Einsetzung eines Untersuchungsausschusses auf-zuklären. Wir erwarten, daß nachträglich noch der Landtag von diesem Rechte Gebrauch macht.“

Professor Einzheimer schließt: „Der alte Obrigkeitsstaat zerbrach, weil seine schwachen Stellen einem „Mut zur Unpopularität“ ent-sprachen. Dieser Mut erfordert in erster Linie die unbefangene, unparteiische Feststellung der Wahrheit.“

Ein bedeutender Jurist und ehemaliger Polizeipräsident bestätigt, daß die preussische Regierung und der Landtag eine Untersuchung über die Maimordgänge verhindert. Wir wissen, daß trotz aller Proteste Preußentregierung und Landtag nichts tun werden, um die Maimörder zur Verantwortung zu ziehen. Man kann den Teufel nicht bei seiner Großmutter verklagen, gegen Jürgel nicht Grzejinski oder den Landtag mit Erfolg anrufen. Die Muttanten Jürgel sind mit Wissen und Billigung von Grzejinski und Sebering erfolgt, sie werden gebilligt von der Einheitsfront der Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Ein Untersuchungsausschuß in Berlin, dem bürgerliche Juristen und Sozialdemokraten angehören, hat umfangreiche Feststellungen über die wahnsinnigen Schiebereien der Jürgel-Verhandlungen gemacht, die alle Behauptungen der kommunistischen Presse bestätigen. Dieser Untersuchungsausschuß wird seine

# KPD = Mordlüge zusammengebrochen

(Der Freispruch des Berliner Jugendgenossen Meyer erledigt den Vorwand zum Demonstrationsverbot)

Sonnabend wurde nach sechstägiger Gerichtsverhandlung der des Todesurteils an dem Jungbo-Mann Schäffer angeklagte Richter Herbert Meyer freigesprochen. Der Staatsanwalt selbst mußte die Haltlosigkeit der von ihm selbst erhobenen Anklage durch seinen Antrag auf Freisprechung eingestehen.

Warum ging es in diesem ausgesprochenen Tendenzprozeß? Am 9. Dezember 1928 wurde während einer KPD-Demonstration der Jungbo-Mann Schäffer erschossen. Am 11. Dezember 1928 wurde das KPD-Mitglied Herbert Meyer als der Tat verdächtig verhaftet. Die Heze gegen den Roten Frontkämpferbund, der in erster Linie getroffen werden sollte, fehlte ein. Nicht Herbert Meyer, der KPD, die revolutionäre Arbeiterbewegung sollte schuldig gesprochen werden!

Wenige Tage später erfolgte durch den sozialfaschistischen Polizeipräsidenten Berlin das verhängte Demonstrationsverbot, in dessen Begründung es u. a. heißt:

„So ist zuletzt am 9. Dezember d. J. gelegentlich eines Demonstrationszuges des Roten Frontkämpferbundes in Berlin-Berlins-hof der 23jährige Referendar Günther Schäffer von politischen Gegnern überfallen und erschossen worden. Die Art, in der die verabschiedeten Organisationen diese Vorfälle in ihrer Presse und in Auf-trufen behaupten, läßt eine weitere Aufklärung der politischen

Verhältnisse und damit die Gefahr vermehrter blutiger Zusammen-stöße befürchten. Alle Umzüge und überhaupt alle Versammlungen unter freiem Himmel bedeuten daher zurzeit eine unmittelbare Ge-fahr für die öffentliche Sicherheit Berlins.“

Es kamen die blutigen Maitage; die Saat des Jürgel-Verhängens Demonstrationenverbot ging juristisch auf. Noch lagen die Opfer des Polizeiterrors auf der Todesbahn, noch immer floß Arbeiterblut auf den Straßen Berlins, da veröffentlichte der „Vorwärts“ am 3. Mai 1929 einen Aufsatz der KPD, der wieder die niederträchtige Lüge als feststehende Tatsache aussprach:

„Am 9. Dezember 1928 wurde der Student Günther Schäffer von dem 20jährigen Kommunisten Herbert Meyer durch einen Messerstoß getötet.“

Jetzt ist durch den Freispruch Herbert Meyers dieser ganze nieder-trächtige Schwindel zusammengebrochen. Jürgel's Vorwand zum Erlaß und zur Aufrechterhaltung des arbeiterfeindlichen Verbots ist ihm genommen.

Die Lüge des Dezember wird durch diesen Freispruch zu einer juristischbaren Waffe gegen die, die sie erfanden. Einunddreißig Paar getrocknete Augen, das in Berlin geflossene Arbeiterblut und das Berliner Proletariat klagen an: Herrn Jürgel und seine Partei!



Der Reichsarbeitersporttag in Breslau

Guter Auftakt am Sonnabend — Massenbeteiligung am Sonntag

Die diesjährigen Hauptveranstaltungen des Breslauer „Rast“ begannen am Sonnabend mit einem Saalturnfest im Gewerkschaftshaus.

Der Sonntag brachte den Festzug, der in der 13. Stunde von der Freiheitsbrücke seinen Ausgang nahm und nach dem Stadion führte.

Nachgehend eine kurze Berichterstattung über die wichtigsten sportlichen Ereignisse:

Die Freilübungen:

Raum war der letzte Festzugsteilnehmer den Blicken der Zuschauer erschwunden, als auch schon der Einmarsch der Freilübungsportler einsetzte.

Anschließend brachte eine aus der Freien Sportvereinigung 1897, dem Arbeiter-Athletenverein und dem Kraftsportverein West 21

Die leichtathletischen Wettkämpfe

Größtes Interesse und sehr starke Meldungen waren die Zeichen, unter denen die leichtathletischen Wettkämpfe ausgetragen wurden.

Dreikampf der Jugend. 1. Fr. Rudervereinigung Breslau 1380 1/2 Punkte; 2. Freie Turnerschaft Dels 1254 1/2 Punkte.

100-Meter-Lauf: Grünich, 4. Vbt. F.V. 12.8 Sek.; Kugelflöken; Fieß 2. Vbt. F.V. 11,95 Meter; Weisprung: Suder, Freie Rudervereinigung 5,25 Meter; Fischer, Freie Turner Dels 5,25 Meter.

Die Fußballüberraschung: Dresden verliert gegen Breslau 2:3

Dresden eröffnet das Spiel. Ein kurzes gegenseitiges Abtaffen nach den Schwächen beginnt. In der fünften Minute sendet der Mittelfürmer Breslaus dem Rechtsaußen eine lange Vorlage zu.

zu kurz abgewehrten Ball des Dresdener Tormannes zum 2:1 einsetzt. Mit 2:2 werden die Seiten gewechselt. Nach Wiederbeginn liegt Breslau im Angriff.

Handball: Bezirk schlägt Freie Turnerschaft 3:1

Mit Anwurf der Turner setzt ein mäßiges Tempo ein. Durch den glatten Boden konnten die Mannschaften sich nicht recht entfalten.

Kreisfest Berlin - Bundesfest Nürnberg

Am 29. und 30. Juni d. J. wird zum ersten Male der aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund wegen seines Kampfes gegen die Republikanisierung und die Verbürgerlichungstendenzen dieser

Gar zu gern möchte der Bundesvorstand das Berliner Kreisfest als eine Konkurrenzveranstaltung gegen das Bundesfest in Nürnberg

Zweifellos wird zwischen dem Kreisfest in Berlin und dem Bundesfest in Nürnberg ein wesentlicher Unterschied bestehen. Die Nürnberger Veranstaltung wird aufgezogen von der reformistischen

Riefenbeteiligung

Wie stark die Solidarität der Bundesgenossen im Reich sowohl wie auch die des Auslandes mit Einschluß der Kolonien der

An der Spitze der ausländischen Meldungen steht die Tschechoslowakei, aus der mehr wie 100 Meldungen für Turner, Leichtathleten, Spieler und Schwimmer eingegangen sind.

hat alle Hände voll zu tun, doch kann sie nicht verhindern, daß die Bezirksmannschaft dank besserer Stürmerleistungen noch zwei Tore erzielt und damit den Sieg sicherstellt.

Verregnetes Tennis

Zahlreiche Zuschauer hatten sich trotz der großen Veranstaltungen in der Schleierlampbahn zu den Vereinsmeisterschaften der Tennisabteilung auf den Tennisplätzen eingefunden.

Das Pushballspiel unentschieden:

Als Abgleich wurde ein Pushballspiel zwischen Posen und Kuder vereinigt ausgetragen. Der in der Mitte des Spielfeldes liegende, über zwei Meter große Ball wurde auf den Anstoß

Alle Sabotageversuche und aller Schwindel des Bundesvorstandes hat auch die Bundesmitgliederschaft nicht abhalten können, ihrem Kampf gegen die Mächten des Bundesvorstandes den besten Ausdruck zu

Die schlesischen Arbeiterportler und Arbeiterportlerinnen haben Gelegenheit, dieses große internationale Fest zu besuchen, da ab

Wader Wien-Neustadt 1 schlägt L. u. G. Jahn-Penzig 1 5:1 (1:0)

Den Höhepunkt der Werksportveranstaltungen des Turn- und Sportvereins Jahn-Penzig bildete das Spiel der Wiener Mannschaft.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Verein Breslau. Anlässlich ihres 25jährigen Stiftungsfestes der Striegauer Ortsgruppe, wofolst auch ein

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund, Gau 8, Bezirk 1. Am 14. Juli, 15 Uhr, finden auf der neu erbauten Radrennbahn in

Arbeiter-Samariter. Dienstag, 20 Uhr, findet im Zimmer 11 des

Weißstein. Die roten Arbeiterportler haben für das Reichsbanner auf dem Sportplatz einen „republikanischen Tag“.

Neue Bundesleistungen

Anlässlich eines Mannschaftskampfes im Leben, den der „Bundesmeister“ S. E. Lichtenberg-Friedrichsfelde gegen Sportklub „Nordstern“ - Straßburg austrug, wurden nachfolgende



# Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der RPD.

## Proletarische Klassenolidarität — Ausschlußgrund

Auf dem am 12. und 13. Mai stattgefundenen Verbandstag mitteldeutscher Konsumvereine wurde der Konsumverein Merseburg mit 120 gegen 28 Stimmen bei etwa 20 Stimmenthaltungen aus dem mitteldeutschen Verband und damit gleichzeitig aus dem Gesamtverband in Hamburg ausgeschlossen. Damit hat die reformistische Genossenschaftsbürokratie seit dem Bestehen des Zentralverbandes den Ausschluß der ersten Genossenschaft aus sozialdemokratischen Parteigründen durchgeführt, nachdem die Reformisten im Jahre 1902 in Kreuznach selbst aus dem Allgemeinen Verband von Träger herausgeschmissen wurden. Die begünstigende proletarische Hilfe des Merseburger Konsumvereins in den schweren Kämpfen der Füllnerarbeiten wurde als Vorwand für den Ausschluß des Vereins genommen. Die Bürokratie versuchte anfänglich auch, die in Aussicht genommene Verschmelzung mit dem Konsumverein Halle zur Begründung des Ausschlusses heranzuziehen, doch ist dieses Manöver kläglich gescheitert. Weil die Merseburger Genossenschaft in ihrer letzten Vertreterversammlung ein sozialdemokratisches Vorstandsmitglied abwählte und die Anstellung eines Kommunisten beschloß, soll sie sich eines weiteren "Verbrechens" schuldig gemacht haben, das zur Begründung des Ausschlusses herangezogen wird.

Die reformistische Bürokratie hat seit Jahren versucht, im Merseburger Konsumverein die sozialdemokratische Parteipolitik durchzusetzen. Im April 1928 wagte die Bürokratie, die Gewährung einer Hypothek davon abhängig zu machen, daß zwei ehrenamtliche kommunistische Vorstandsmitglieder zurückberufen werden sollten, um die sozialdemokratische Mehrheit im Vorstand wieder herzustellen. Der Aufsichtsrat sollte sich durch eine Erklärung verpflichten, künftig nur solche Sozialdemokraten als Vorstandsmitglieder anzunehmen, die der Verbandsleitung genehmigt sind. Natürlich lehnte der Aufsichtsrat dieses unerhörte Ansuchen ab und deshalb wurde der Merseburger Genossenschaft keine Hypothek gewährt.

Die Merseburger Genossenschaft hat in den letzten Jahren eine proletarische Klassenpolitik getrieben und ihre Mitglieder gegen den Zollwucher und Steuerraub, für die Solidarität in Arbeiterkämpfen und gegen die imperialistische Kriegesgefahr mobilisiert. Die Merseburger Genossenschaft hat sich lange von der reformistischen Klassenpolitik losgesagt, und die Wahrung der proletarischen Klasseninteressen der Mitglieder ist der wichtigste Grund ihrer Politik. Die Genossenschaft ist daher ein wertvolles Bollwerk der Arbeiterschaft geworden. Sie hat auch den Genossenschaftsmitgliedern der anderen Konsumvereine den Glauben an den großen Wert der Arbeitergenossenschaften erhalten, trotz allem Verrat der reformistischen Bürokratie.

Schon einmal hat die Bürokratie die Konsumvereine Suhl und Schwarzenberg aus dem Verbands ausschließen wollen, doch noch rechtzeitig einen Rückzug angetreten. In den letzten Jahren wurden in diesen Konsumvereinen Einzelmitglieder ausgeschlossen. Die oppositionell geleiteten Konsumvereine werden durch wirtschaftliche Repressalien der Zentralinstanzen (Hypothekverweigerung usw.) der reformistischen Politik gegenüber zu machen versucht. In einer Zeit, wo die Sozialdemokratie in allen Massenorganisationen, den Gewerkschaften, Sport- und Freizeitsportorganisationen die Ausschlußkassen gegen die proletarische Opposition verstärkt führt, muß auch die Genossenschaftsbürokratie den sozialdemokratischen Parteinteressen gemäß die Spaltungsoffensive in den Genossenschaften steigern. Die Entwicklung der Arbeiterschaft, die Erfolge der Opposition bei den Betriebsrätewahlen, die Schwermigeln der SPD in der Koalitionsregierung, das Förgedel-Blutbad vom 1. Mai, das Verbot des RFB, die Unterdrückung der Arbeiterpresse, die Vorbereitung des Verbots aller proletarischen Klassenorganisationen, die imperialistische Kriegsvorbereitungen gegen die UESK zeigen, warum die Spaltungsoffensive auch durch die reformistische Genossenschaftsbürokratie verstärkt wird. Das Vor-

gehen der Reformisten gegen die Opposition in den Massenorganisationen und in den Genossenschaften ist nur eine Ergänzung der latenten sozialdemokratischen Diktatur, die bereits die faschistische Diktatur errichten hilft. Viele Beispiele sind in den letzten Jahren geschaffen, die mit aller Deutlichkeit zeigen, daß die reformistischen Führer die Konsumvereine viel offener der Trutzherrschaft und der Koalitionspolitik unterordnen. Mit dem Ausschluß von Merseburg will die reformistische Bürokratie einen neuen Beweis für die Unterordnung der Konsumvereine unter die Trutzherrschaft und die Koalitionspolitik erbringen.

Ein Sturm der Entrüstung wird die Folge dieses neuen Schandstreiches der reformistischen Bürokratie sein. Ausgerechnet die proletarische Klassenhilfe, die wichtigste und wertvollste Aufgabe einer Arbeiterorganisation, wagt sich die Instanzenclique zum Ausschluß des Merseburger Konsumvereins auszusprechen. Viele sozialdemokratische Arbeiter sind deshalb bereits offen von diesem unerhörten Vorgehen der Reformisten abgerückt. Sogar auf dem mitteldeutschen Verbandstag war ein beträchtlicher Teil der sozialdemokratischen Delegierten mit der Taktik der Verbandsleitung nicht einverstanden. Eine Reihe Konsumgenossenschaften, Halle, Ammendorf usw. haben bereits gegen den Ausschluß von Merseburg Protest erhoben. Nicht nur in den Genossenschaften, sondern auch in den Gewerkschaften muß zu dem Ausschluß der Merseburger Genossenschaft Stellung genommen und gegen das verbrecherische Treiben der Instanzenclique energisch protestiert werden.

Der Ausschluß des Merseburger Konsumvereins eröffnet eine neue Phase des verschärften Kampfes des Reformistenklüngels gegen die revolutionäre Genossenschaftsopposition. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 1. Juni wird schon das Geständnis abgegeben, „künftig bei bestimmten Erscheinungen noch rücksichtslosere eingzugreifen als bisher“. Wir zweifeln nicht im geringsten daran, daß die Reformisten weiterer solcher Schandtaten fähig sind. Nicht zuletzt soll ja der Ausschluß des Merseburger Vereins ein Verbot zur Einschüchterung der oppositionellen Konsumvereine sein. Über die Reformisten werden sich ihren. Ihr Vorgehen gegen Merseburg zeigt der Arbeiterschaft, daß auch die Genossenschaftsreformisten Sozialfaschisten sind. Die Antwort der Opposition wird nur eine Verschärfung des Kampfes gegen die reformistische Instanzenclique sein. Überall kämpft die Opposition gegen die Spaltung und Zerschlagung der Genossenschaftsbewegung durch die Reformisten und für die Wiederaufnahme des Konsumvereins Merseburg in den Verband.

Der diesjährige Internationale Genossenschaftstag muß ein proletarischer Kampftag gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Koalitionsregierung, gegen die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung durch die Sozialfaschisten, gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und Sozialfaschisten, für die Verteidigung der Sowjetunion und für die proletarische Solidarität in Wirtschaftskämpfen werden. Wo die reformistischen Geschäftsleitungen keine Veranstaltungen zum Internationalen Genossenschaftstag organisieren, muß die Opposition selber Veranstaltungen vorbereiten.

## Scheinproteste gegen die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer

Die reformistischen Genossenschaftsführer haben lange zu dem durch die Steuervereinfachungsgeetze geplanten „Anschlag gegen die Verbraucher“ geschwiegen. Die zehn Unterverbandsversammlungen im Mai konnten natürlich nicht vorübergehen, ohne daß wieder einige feierliche „Proteste“ angenommen werden mußten. So ist auf allen Tagungen auch eine Resolution angenommen, die sich gegen die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer durch die Steuervereinfachungsgeetze wendet. In dieser Resolution werden „alle genossenschaftsfreundlichen Parlamentarier“ ermahnt, dem Wesen der Konsumgenossenschaften gerecht zu werden. In diesen Entschlüssen ist das Bestehen der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung völlig vergessen. Während auf den früheren Tagungen die frommen Wünsche auch an die jeweiligen Regierungen gerichtet wurden, wurde dies auf den diesjährigen Unterverbandsversammlungen unterlassen. Und nicht umsonst. Denn sonst hätte ja die Bürokratie erklären müssen, daß der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding dem Reichstag die Steuervereinfachungsgeetze vorgelegt hat und die sozialdemokratischen Minister sich mit der Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer einverstanden erklärt haben. Da die Genossenschaftsbürokratie die sozialdemokratische Koalitionsregierung ja unterstützt, mußte man selbst einen solchen Scheinprotest gegen das Verhalten von Hilferding und die sozialdemokratischen Minister unterlassen. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie die Konsumgenossenschaften den Koalitionsinteressen unterordnet werden.

In einer auf dem Unterverbandstag von Bayern gehaltenen Rede über „Das Wesen der Konsumgenossenschaft“ hat August Rask — scheinbar in einer schwachen Stunde — über die jetzige Steuerpolitik folgende „Anfrage“ erhoben:

„Die heutige Steuerpolitik gegen die Konsumvereine ist schlimmer als die des alten Staates!“

Das soll also heißen, daß die Steuerpolitik der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung der „demokratischen Republik“ schlimmer ist als die der Regierungen der Monarchie ist.

Diese von Rask gegebene Erklärung trifft zweifelsohne zu. Nur konnte er nicht gleichzeitig die Witschuld der reformistischen Genossenschaftsbürokratie behandeln, die auch in der Steuerpolitik vollständig versagt hat. Wie oft hat die Opposition die Mobilisierung der Mitglieder gegen den Zoll- und Steuerraub und die genossenschaftliche Steuerbelastung verlangt und wie oft sind diese Anträge und Forderungen abgelehnt worden? Aber der Kampf gegen den Steuerraub kann nur als ein Teil des politischen Kampfes gegen die Trutzherrschaft und Koalitionsregierung und für die Organisation der proletarischen Klassenfront und die genossenschaftliche Unterstützung der Wirtschaftskämpfe geführt werden.

## Sozialimperialisten sichern sich Kriegsprofite

Die Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander als auch der Gegensatz aller kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion sind ständig im Wachsen begriffen. Die Imperialisten und ihre sozialimperialistischen Lakaien bereiten den Ueberfall gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat planmäßig vor. In dieser Zeit, wo der Kampf gegen die imperialistische Kriegesgefahr eine der entscheidendsten Aufgaben der Arbeiterklasse und aller proletarischen Organisationen ist, befindet sich die reformistische Genossenschaftsbürokratie in der Front der Sozialimperialisten mit den imperialistischen Kriegshörnern. Zusammen mit der zweiten Internationalen betrügen die reformistischen Genossenschaftsführer die Arbeiter über den wirtlichen Ernst der Lage und organisieren heuchlerische pazifistische Abwärtungsschwindelmannöver.

In der Tschechoslowakei hat die reformistische Genossenschaftsbürokratie bereits sehr deutlich ihr wahres Gesicht gezeigt. In Prag ist vor kurzem eine Gesellschaft gegründet worden, die im Falle des Krieges die Armeelieferanten will. In dieser Gesellschaft sind alle Textilunternehmer der Tschechoslowakei organisiert, und sie will ein Lieferungsmonopol für die tschechoslowakische Armee erreichen. Deshalb hat die Gesellschaft auch die Genossenschaftsverbände eingeladen, als Textillieferanten dieser Gesellschaft beizutreten. Die Genossenschaftsverbände haben aber sofort direkt eine Delegation zu dem Kriegsminister geschickt, um sich durch ihn eine direkte Lieferungsmaßnahme für den Fall eines Krieges zu sichern. Die Delegation hat von dem Kriegsminister auch die Zusicherung erhalten, daß die Genossenschaften bei der Lösung der Belieferung des Heeres nicht außer acht gelassen werden.

Statt den Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu führen, sichern sich die reformistischen Genossenschaftsführer durch ihre Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Regierung die größtmöglichen Kriegsgeschäfte für neue Heereslieferungen. Dieses Beispiel der Genossenschaftsreformisten der Tschechoslowakei zeigt, zu welchem Genossenschaftsreformisten die Sozialimperialisten fähig sind. Die Genossenschaftsmitglieder müssen die Heuchelei dieser pazifistischen Schwäger erkennen und sich davon überzeugen, daß der Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und für die Verteidigung der Sowjetunion nur mit revolutionären Mitteln geführt werden kann.

## „Eheliche Gemeinschaft“ zwischen Genossenschaften und Sozialdemokratie

Die „Genossenschaftspartei“ in England, in der sechs Millionen Genossenschaftsmitglieder organisiert sind, hat für die englischen Parlamentswahlen einen Antrag an ihre Mitglieder gerichtet, die Kandidaten der Arbeiterpartei und Genossenschaftspartei zu unterstützen. In dem Manifest heißt es, daß das Bündnis der Genossenschaftspartei mit der Arbeiterpartei „nicht überraschend“ sei. Das Uebereinkommen zwischen der Arbeiter- und Genossenschaftspartei sei mit der „ehelichen Gemeinschaft“ zwischen Mann und Frau zu vergleichen.

So sieht die vielgeprelsene politische „Neutralität“ der Genossenschaften in Wirklichkeit aus. In England wählen die Reformisten die Form der Genossenschaftspartei, um die Genossenschaften für die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei einzusetzen.

## Genossenschaftliche Rundschau

Die Genossenschaftsbürokratie übertrumpft die Klassenjustiz. Vor einiger Zeit wurde der Genosse Springer aus dem Konsumverein Bochum ausgeschlossen. Die bei dem Landgericht Bochum angebrachte Klage gegen die Genossenschaftsbürokratie brachte ihr eine Niederlage. Selbst die Klassenjustiz fand das Vorgehen der reformistischen Bürokratie so formal unangeleglich, daß die Ungültigkeit des Ausschlusses festgestellt wurde. In der sozialdemokratischen Presse trösteten sich die Reformisten bereits damit, daß dieser Sieg „keiner sei“ und sie der Ausschluß von Sp. erneut beschließen werden.

Oppositionsarbeit auf den Unterverbandsversammlungen. Auch in diesem Jahre ist die Opposition auf den wichtigsten der im Mai stattgefundenen Unterverbandsversammlungen angetreten und hat damit den Tagungen erst Sinn und Wert gegeben. In Mittelhessen, wo die Bürokratie den Ausschluß des Konsumvereins Merseburg beschloß, war die Oppositionsgruppe am stärksten. Auch in Sachsen und Mecklenburg-Bitzkau rechnete die Opposition mit der reformistischen Genossenschaftspolitik ab. Die „Harmonie“ der diesjährigen Jubiläumstagung in Wittenberg sollte nicht gestört werden, deshalb würdte die Bürokratie jede Distinktion ab. Auf einigen Tagungen hatte die Opposition keine Vertretung, da die Bürokratie eine Wahl der Delegierten zu den Tagungen durch die Mitglieder nicht zuließ.

Unterstützung in Burg. Der Lagerhalter Beyer ist zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil in seiner Verteilungsstelle ein Hehlbetrag von 1500 Mark festgestellt wurde. Er hat dieses Geld für persönliche Zwecke veruntrent. Sicher galt dieser sozialdemokratische Lagerhalter auch lange Zeit als einer der „alibewährten“ Genossenschaftler.

Der „Anschlag“ gegen die Arbeitergenossenschaften auf dem SPD-Parteitag. A. Leichter, Dresden hat in Magdeburg an den sozialdemokratischen Parteitag appelliert, die Fraktion möge den „feindlichsten Anschlag des Steuervereinfachungsgeetzes gegen die Arbeitergenossenschaften verwerfen“. Sicher hat es Herr Leichter unterlassen, die Rolle Hilferdings und der übrigen sozialdemokratischen Minister, die die Einbringung der Geetze beschlossen haben, zu behandeln und so die Abrechnung mit den wirtlichen Verantwortlichen für den „Anschlag“ gegen die Arbeitergenossenschaften unterlassen. Diese sozialdemokratische Demagogie wird hier ebenso wie in der Gewerbesteuerfrage in Kreußen bei der entsetzlichen Abstimmung selber entlarvt werden. Die Genossenschaftsmitglieder erhalten immer wieder neue Beispiele, die beweisen, daß die SPD, auch die Interessen der Genossenschaften nicht vertritt.

GGG-Betriebsrat fristlos entlassen. Der Betriebsrat Mathie des GGG-Betriebes in Mannheim wurde fristlos entlassen. In dem vor dem Arbeitsgericht angelegten Sühnevertrag redete der Klassenrichter auf den GGG-Betriebsrat ein, den Betriebsrat doch wieder einzustellen, da die Rechtsverhältnisse wegen der Nichtanerkennung des Gesamtbetriebsrates für sie ungünstig seien. Natürlich lehnte sich die GGG, auch um diesen Anschlag des Klassenrichters nicht. In der Verhandlung erklärte der UDS-Betriebsrat Selgentreber: „Bei den Genossenschaftsbetrieben hat man sich noch mehr rumpuzelt, als bei den anderen Unternehmern.“ Selbst die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten müssen zeitweilig von besonders trafen Fällen der kapitalistischen Unternehmerrpraxis der Genossenschaftsreformisten abrücken, um eine Interessenvertretung der Mitglieder vorzuzutreiben.

Entwicklung der Filmproduktion des Zentroskops. Der Zentroskop hat mit dem „Sowino“ einen Generalvertrag abgeschlossen, um die Versorgung der genossenschaftlichen Kinos mit Filmen sicherzustellen. Er erhielt von Sowino 650 Filme allgemeinen Inhalts. Außerdem verfügt der Zentroskop über 550 Exemplare von verschiedenen Filmen genossenschaftlichen Inhalts, die von ihm selbst hergestellt wurden. Im letzten Jahre sind 12 neue Genossenschaftsfilme geschaffen worden. Der Bestand an genossenschaftlichen Kinofilmen beträgt gegenwärtig 25. Bis zum April 1930 sollen in den Dörfern 2300 Wanderkinos errichtet werden. Im letzten Jahre ist die Zahl der genossenschaftlichen Wanderkinos auf dem Lande bereits auf 1869 gestiegen.

89 Zeitchriften und 67 Zeitungen der Sowjetgenossenschaften. Im Jahre 1928 wurden von den Sowjetgenossenschaften bereits 89 verschiedene Zeitchriften und 67 Zeitungen herausgegeben. Darunter ist auch die erste genossenschaftliche Tageszeitung, die in Moskau erscheint und den Namen „Kooperatschnaja Schijn“ — Das Genossenschaftsleben — führt. Die Sowjetgenossenschaften haben mit der Schaffung dieser Tageszeitung den Genossenschaftsorganisationen der anderen Länder ein vorbildliches Beispiel geliefert.

Wanderklinik für Schilb von Mutter und Kind. Der Zentroskop hat eine Wanderklinik errichtet, die den Zweck hat, Bauernfrauen und Arbeiterkinder in den entferntesten Dörfern mit medizinischer Hilfe und ärztlichem Rat zu versorgen. Die Klinik bleibt in jedem Dorfe drei Monate.



Mord und Selbstmordversuch

In ihrer Wohnung Levaldstraße 20 wurde am Sonntag zwischen 14 und 15 Uhr die Ehefrau Emma Beiseh und ihre Kinder Ursula (fünf Jahre alt) und Ilse (drei Jahre alt) an Gas vergiftet aufgefunden.

Jetzt will man anfangen, die Mäden zu bekämpfen

Der Magistrat hat, vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung, dem Städtischen Gesundheitsamt einen Kredit eröffnet, der dazu dienen soll, alle noch möglichen Maßnahmen zur Mädenbekämpfung durchzuführen.

Stadtteil Nord

Heute Montag 19,30 Uhr Zellenversammlungen. Zelle 1 Nathan, Schlegelwerberstraße 15; Zelle 2 Nitsche, Jägerstraße; Zelle 3 Einladungen durch die Funktionäre.

Stadtverordneten-Fraktion

und Vertreter der Bezirke. Mittwoch 18,30 Uhr im Lokal Ottostraße 9. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Kinderbestattung. Im Keller des Hauses Wielandstraße 3 wurde in einem Koffer die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Das Kind hatte etwa zehn Tage gelebt und wurde erwürgt.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist der Expeditionsarbeiter Richard Recha von der Gräbchener Straße 250. Er geriet in der Dampfsegelei Klein-Bogul bei Döhrenfurth zwischen ein Lastauto und den Anhänger.

Mittelschlesien

Oels. Die Erwerbslosigkeit am hiesigen Orte ist immer noch groß. Selbst die sogenannten Saisonarbeiter gehen immer noch stempeln oder sind ausgesteuert. Es wird im kommenden Winter der Mehrzahl von Arbeitern nicht möglich sein, die verlangte Arbeitszeit von 26 Wochen zu erreichen.

Neumarck. Ortsälteste. Auf dem Dominium Fämsischdorf ist der Lohnwärter G. beschäftigt. Dieser bekommt außer dem Deputat den fürlichen Lohn von 13 Pfennigen die Stunde.

Die Sekretärin des Prälaten

Von Albert Daudistel. (Nachdruck verboten)

Und wie ein Dieb schlich ihnen Madame Richmond nach; sie sagte sich: „Der Vater, der macht schließlich Mist da unten auf dem Sofa und schmeißt den Schuh in der Erregung einem andern auf den Kopf!“

Mit 70 Jahren noch ins Gefängnis

Der Raubüberfall auf die Vorkosthändlerin vor Gericht

August Böhm geisteschwach

Der Raubüberfall an der 68jährigen Vorkosthändlerin Mathy auf der Rosenthaler Straße wurde am Sonnabend vor dem Schwurgericht verhandelt.

Der Tat angeklagt war der 70jährige Rentempfänger August Böhm. Dieser hatte am 6. Mai den kleinen Laden der Frau Mathy aufgesucht und mit einem unter der Jacke verborgenen Beil die Frau mehrmals auf den Kopf geschlagen.

Will man die ungewöhnliche Tat des 70jährigen verstehen, muß man das Milieu, aus dem heraus sie entstand, kennen. Böhm

erhielt Wohlfahrts- und Invalidenrente. Das Geld hat manchmal nicht gelangt, und dann ist er bei einer bekannten Wäscherin. Diese soll sein „Verhältnis“ gewesen sein, behauptet man. Am seinem 70. Geburtstag wollte er sich einmal fetteessen. Etwas Kuchen haben, wie die anderen. Und da er kein Geld hatte, beschaffte er es sich durch einen Raub.

Das Gericht bescheinigte ihm Geisteschwachheit, und nahm, da Böhm angab, daß er Frau Mathy nur bestehlen wollte, nicht versuchten Totschlag, sondern schwere Körperverletzung und Raub an. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis bei Zuhilfenahme mildernder Umstände infolge der Geisteschwachheit.

Bei der Verkündung des Urteils brach eine als Zeugin geladene Tochter des Angeklagten unter Schluchzen zusammen. „Mein armer, guter Vater...“

Der nahm die Strafe ohne Biederprüfung an. Und wird mit 70 Jahren ins Gefängnis gehen für eine Tat, die wir keineswegs beschönigen wollen, die aber doch letzten Endes genau so wie die der Frau Geier ein Produkt der sozialen Verhältnisse ist.

Noch zwei Sitzungen vor den Ferien

Zagesordnung der Stadtverordneten-Sitzung von Donnerstag

Im Juli und August fallen jedesmal die Sitzungen der Stadtverordneten aus und unsere sogenannten Stadtväter gehen nach Maßgabe ihres Geldbetrags in die Ferien. Dennoch müßte also am kommenden Donnerstag die letzte Sitzung sein.

Von wichtigen Vorlagen seien erwähnt: die seit Wochen und Monaten auf der Tagesordnung stehenden und noch nicht behandelten Kommissarischen Anträge resp. Anfragen zur Neuregelung des Finanzausgleichs, zu den Berliner Maivorgängen und zu den Mietten in den Neubauwohnungen.

Weiterhin seien folgende Punkte genannt: Der Ausschuß I empfiehlt Annahme eines Magistratsantrages für den Bürgermeister Mache und den Stadtrat Schramm das Ruhegehalt. Die Dienstaten so festzusetzen, daß vom Tage der Einführung als Magistratsmitglied zwölf Jahre zugerechnet werden und daß bei der Berechnung des Ruhegehaltes des Zentrumsstadtrats Przybilla als Ausgangspunkt des Ruhegehaltsdienalters der Tag der Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres (!) zugrunde gelegt wird.

Der Ausschuß V empfiehlt, den zweiten Bauteil des Volksschul-

hauses an der Rodnitzstraße mit einem Kostenaufwand von 572 400 Mark und den geplanten Erweiterungsbaue der Friedrich-Ebert-Schule mit 350 000 Mark Kosten alsbald in Angriff zu nehmen.

Die Baukosten im Strandbade Carlomag sollen von der Stadt für 8500 Mark übernommen werden. — Das städtische Grundstück Berliner Platz 2 soll an das „Gemeinnützige Pfandleihhaus der Stadt Breslau GmbH.“ für 140 000 Mark verkauft werden.

Schließlich verlangt der Magistrat, nachdem bei den Stadtberatungen die Subvention der Luftfahrt auch von den Sozialdemokraten abgelehnt worden war, in einer neuerlichen Vorlage 72 319 Mark für die Schlesische Luftverkehrs-A.G. Es ist anzunehmen, daß nach dem jämmerlichen Unfall der SP-Disten in der Privatwahlfrage sie auch hier ihre Opposition aufgeben und um der neuen Magistratsposten willen der Vorlage zustimmen werden.

Erwähnenswert ist dann noch ein Agitationsstückchen der Deutschnationalen, die sich plötzlich als Hüter der Sparsamkeit aufspielen und — ansgeredet die Herren Großverdiener! — über zu luxuriös ausgestattete Amtszimmer beim Magistrat Klage führen. Wie gesagt: ansgeredet die Deutschnationalen! Wie zeitig sich doch die bevorstehenden Wahlen bemerkbar machen!

mäßige Handwerkszeug-Erschädigungsgeld zu zahlen, bekam er dieses und zu gleicher Zeit die Entlassung. So also steht es auf diesem Dominium aus.

Auch der Kaufmann Dehne von hier ist ein sehr „anständiger“ Herr. Kommt dieser Tage die 42 Jahre alte Tochter eines Arbeiters, die jedoch etwas geisteschwach ist, in seinen Laden, wo unter anderem auch Kessel zum Verkauf auslagen. Beim Verlassen des Ladens eignete sich die Frau einen dieser Kessel an, was Herr Dehne mitgeteilt wurde, worauf die Frau losging, bis der „Dieb“ erwischt war.

Ohan. Beim Baden unterhalb des Bootshauses ertrank der erst 26 jährige Kaufmann Josef Steier. Die Leiche konnte geborgen werden.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen Breslau — Stadtteil Centrum. Montag 20 Uhr bei Kruhl, Malerstraße 26, außerordentliche Mitgliederversammlung des gesamten Stadtteils. Kommunistischer Jugendverband Breslau — Nord. Dienstag 20 Uhr öffentlicher Heimabend. Treffpunkt 20 Uhr am Trebnitzer Platz. Roten Frauen- und Mädchenbund Breslau — Heute Versammlung im „Roten Löwen“, Aufseherstraße.

Sie lächelte: „Im Herrenhaus, Herr Vater, ist so ein schönes Durcheinander gar nicht möglich!“

Der Vater stellte den Schuh nieder und schmeichelte: „Zawohl, Madame, wo solch kluge Leute handeln, wie hier im Haus, gedeiht so nebenbei die Freude!“

Sie stichelte: „Herr Vater, ein Leben ohne Freuden wäre mich!“ Er flüsterte, vertraulich lächelnd: „Da haben Sie den Nagel auf den Kopf getroffen, Madame! Ich fühle mich so wohl bei Ihnen!“

Sie schwieg und tippte, und manchmal bis sie ihre Stulle an und — verheimlichte dem Vater nicht nur, daß sie den Prälaten durch den Alarm aus seiner peinlichen Situation befreite; sie verheimlichte auch, daß sie den Prälaten dann, als er so aufgeschreckt den Abortraum verließ, in sein Büro hegte, indem sie ihn erklärte — um sich noch beliebter bei ihm zu machen — nun könne er den breiten Schuh getrost mit dem anderen spizen wechseln; er brauche sich nicht zu ängstigen, es brenne nicht, der „Feuermelder“ habe nur mal so getan, als ob...

Plötzlich klingelte ihr Telefon: Der Prälat bat sie, mit dem Stenogrammbuch zu ihm in den Haushaltungsausschuß zu kommen. Ohne sich von dem Vater zu verabschieden, ging sie hinunter und dachte: „Vielleicht geht die Langeweile schließlich in Bewegung.“

Als sie im Haushaltungsausschuß ankam, sprach gerade der General, der klerikale Referent für das Heereswesen, über „Die Ausgaben für Waffen und Munition“. Er sagte: „... Und so muß ich auf die Schwierigkeiten eingehen, die den Etat für unser Heer erhöhen: Im Frieden zahlten wir für ein Gewehr 65, heute, nach dem Weltkrieg, 150 ein Maschinengewehr kostete im vorigen Frieden 1650, heute 8800; eine leichte Feldhaubitze kostete 20 000, heute 50 000; eine schwere Feldhaubitze kostete 40 000, heute 100 000; eine Zehn-Zentimeter-Kanone ist von 48 000 auf 120 000 gestiegen; ein langer Mörser von 80 000 auf 225 000. Auch für die dazu notwendigen optischen Geräte sind die Preise sehr gestiegen: ein Scheerenferntroß kostete im vorigen Frieden 610, heute 1300; für einen Richtkreis für Artillerie zahlten wir statt 450 jetzt 1090; für einen Entfernungsmesser statt 920 jetzt 2800... Bei der Munition ist das Verhältnis ähnlich: vor dem Kriege kostete ein einziger Schuh aus der leichten Panzerbüchse heute 108; ein Schuh aus der Zehn-Zentimeter-Kanone kostete 70,

heute 184; der Schuh aus einem Fünfzehn-Zentimeter-Geschütz kostete früher bloß 130, heute 533... Bei der Marine kostet eine Granate, die heute verschossen wird, 1000... Ein Munitionswagen kostete im Frieden 3100, heute, nach dem Weltkrieg, 10 000... Ein Schmelzwerfer ist von 4000 auf 6000 in die Höhe gegangen...“

Ein Sozialist rief: „Verguldet nicht das Geld! Sorgt lieber für das arme Volk, das hungert: ein Pfund Fleisch kostet jetzt schon 1,80, in der Vorkriegszeit bloß 0,65...“

Der General wehrte dem Zwischenrufer, indem er sagte: „Sie, meine Herren Sozialisten, haben dem „armen Volk“ den neuen Panzerkreuzer, der 88 Millionen kostete, verschafft. Sie stimmen für den neuen Panzerkreuzer! Wir armieren ihn jetzt bloß...“

Ein Sozialist schrie erregt auf: „Sie Jesuit!“ Gelassen sagte der Prälat zu jenem Sozialisten hin: „Sie, meine Herren Sozialisten, sind für die nationale Verteidigung; Sie liefern dazu die Masse und das Geld, und wir tun unsere Pflicht!“

Der klerikale Referent für das Heereswesen sprach nun weiter: „Ich glaube also, meine Herren, es bei den paar Proben, die ich da herausgegriffen habe, belassen zu können. Ich muß aber immerhin doch noch hinzufügen, es ist zu begrüßen, daß in unserem Lande trotz aller parteipolitischen Zersplitterung doch die Einigkeit im Sinne unserer nationalen Verteidigung herrscht, wenn auch die Kommunisten radikal dagegen sind! Und deshalb ist der Stolz und die Ehre nur das Verdienst der Vaterländischgefinnten!“

Als sich der General auf seinen Platz niederließ, sagte ein Kommunist: „Und wir, Ihr Herren, liefern Truppen, die Euch zerknappen werden...“

Dann referierte der Sozialist Fleur, der Demokrat Eliete, und dann der Kommunist Ballendach.

Zumersicht: Auch der Etat für Waffen und Munition wurde schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Adolf Dombrowski, für „Breslau“ und „Breslau“: Wilhelm Biewald, für „Breslau“: die übrigen Redaktionen: Alfred Thomas, (auslich in Breslau) — für den... (unvollständig)



# Waldenburger Bergland

## Ädlich verunglückt

A. K. Ober-Waldteichsdorf. Am 17. Juni war der Holzschluffer Julius Keler vom Fuhrwerksunternehmer Hartmann von hier mit Holzschluffern aus dem Walde bei Snyau beschäftigt. Infolge des engen Beuges mußte sich K. auf das Fuhrwerk setzen. Beim Ueberfahren einer Querrinne ist er anscheinend vom Fuhrer heruntergeschleudert worden und unter den beladenen Wagen zu liegen gekommen. Der Wagen ging ihm über den Leib. Erst am anderen Morgen wurden die Pferde mit dem Fuhrwerk gefunden. Wir fordern die Bestrafung des Fuhrwerksbesizers Hartmann, da es unzulässig ist, ein Holzschluffer ohne Begleitperson fahren zu lassen. Denn nur dadurch war es möglich, daß der Tote mit den Pferden eine Nacht im Walde liegen bleiben mußte.

**Verichtigung.** In dem zur Wahl in Ober-Saizbrunn von der SPD. herausgegebenen Flugblatt muß es auf der Rückseite in dem Satz, wo von den „höchsten Aufgaben“ die Rede ist, natürlich „höchste“ Aufgaben heißen. Ein politisch Denker wird bestimmt auch ohne diese Verichtigung beim Lesen des Flugblattes diesen Fehler herausgefunden haben.

## Freiburg

### Die Erwerbslosen protestieren

Ein Erwerbsloser schreibt uns: Mit großer Entrüstung haben wir in der am 20. Juni stattgefundenen Erwerbslosenversammlung vernommen, daß die am 11. Mai von uns geforderte einmalige Wirtschaftshilfe von den Stadtvätern rundweg abgelehnt wurde. Wir lassen uns aber nicht beirren, von neuem wird dieser Antrag von der kommunistischen Fraktion gestellt werden. 1500 Mark sind noch vorhanden, 3000 Mark sind dazu gefordert, um 900 Arbeitslosen in der großen Not mit ihren Familien und Kindern zu helfen. In den Ohren soll der Rotschrei der Erwerbslosen klingen. In kurzen kernigen Worten schilderte dann Genosse Müller die in Aussicht stehende Verschlechterung des Erwerbslosengesetzes durch den sehr gut bekannten Arbeitsminister Wiffell. Auch den Nazis wurde ein Wort ins Ohr geblasen, die alle Juden vertilgen wollen, mit denen sie selbst in Verbindung stehen und die die internationalen Klassenkämpfer hassen, dafür aber bei der internationalen Ritten- und Geldgemeinschaft Speichel leden. — Erwerbslose, stärkt die rote Klassenfront!

### Ein Auto rast in einen Grabschutt

Auf der Striegauer Chaussee fuhr der Instrumentenbauer Heinrich Goebel aus Waldenburg mit seinem Auto, in dem sich noch Wägenmeister Höfel und Bildhauer Vartisch, ebenfalls aus Waldenburg, befanden, gegen einen Baum, als er wegen eines überholenden Autos nach rechts fuhr. Der Wagen raste in den Grabschutt und überschlug sich, so daß er mit den Rädern nach oben liegen blieb. Alle drei Insassen wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus überführt werden.

### Achtung, Metallarbeiter!

Am Montag, dem 24. Juni, um 19,30 Uhr, im „Grünen Baum“, Versammlung aller Kollegen und Kolleginnen, welche im Januar d. J. und später aus der Uhrenfabrik entlassen worden sind. Tagesordnung: Urlaubsregelung und andere.

Am Dienstag, dem 26. Juni, um 19,30 Uhr Jugendversammlung im „Blücher“ in Politz. Alle Jugendfreunde, besonders die Teilnehmer an der Schneeloppenwanderung, müssen erscheinen.

## Striegau

### Nachtübung der Nazis?

N. A. Vor einigen Tagen fand eine öffentliche Versammlung der Nazis statt. Etwa 100 Mann waren vertreten, welche man aus den Bezirken Breslau, Lauban, Freiburg, Schweidnitz zusammengeholt hatte. Das Referat hielt der Gauleiter Brückner. Es bestand aus Lobreden auf den „Alten Fritz“, Friedrich den Großen und Bismarck. Zum Schluß setzte die gewöhnliche Kulandhebe ein. Der Redner mußte zu behaupten, daß Rußland nur von Juden regiert werde, und bezeichnete alle revolutionären Führer ebenfalls als Juden. Allem Anschein nach fand in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag eine Nachtübung statt, denn in der Richtung, nach welcher die Nazis abmarschierten, gibt es keinen Bahnhof.

## Schweidnitz

### Wieder ein Kind verbrannt

Als das zweijährige Entlein der Frau Eckart, ein Mädchen, mit seiner Mutter in Conradswaldau zum Besuch bei der Großmutter weckte, wurde es morgens in der verschlossenen Stube zurückgelassen. Es spielte mit Streichhölzern und setzte seine Kleider in Brand, so daß es fürchterliche Brandwunden erlitt, denen es nach fürchtbaren Qualen erlegen ist.

### Von einem Auto zu Tode gefahren

In Bärensdorf hatte sich ein neunjähriges Mädchen an einen Kastenwagen angehängt. Plötzlich sprang das Kind ab und lief direkt in ein entgegenkommendes Auto hinein. Der Wagen ging über den

Kopf des Kindes hinweg und verletzte es so schwer, daß es bereits auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

### Eine Frage an die Polizeiverwaltung!

Gegenwärtig wird an der Ecke Sedanstraße der neue Fahrweg über die neue Brücke in Richtung Chrosswitz angelegt. Es ist eine ziemlich scharfe Kurve. Es ist lebensgefährlich für Rad- und Kraftfahrer, legt die Straße zu benützen. Ohne Warnungstafel, ohne Beleuchtung muß man die Ecke sehen. Vintz eine Wisperrung für den alten Weg, davor die neue Vorderseite, rechts die mit großen Steinen belegte neue Straße, eine wahre Gefahrenbruchfalle für jeden Radfahrer. Das Standaßfeste dabei ist, daß der gesamte Verkehr nach dem Schwimmbad die gefährliche Ecke passieren muß. Wer trägt hier die Verantwortung? Stadtbauamt oder Polizeiverwaltung? Mehrere Radfahrer.

## Jauer

### Entlassungen in der Steinindustrie

Die Firma Basler hat 200 Steinarbeiter entlassen. Als Ursache wird Abnahmangel angegeben.

### Selbstmordversuch

Am der Bolkenhainer Brücke wollte sich ein Einwohner erhängen. Er konnte noch rechtzeitig abgeschritten werden, so daß Wiederbelebungsversuche Erfolg hatten.

**Wilde Pferde.** In Peterwitz scheuten die Pferde des Stellensbesizers Oswald Bieder. Er wurde vom Wagen geschleudert und erlitt einen Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung, so daß er ernst danieder liegt. Sein Sohn Kurt, der abgesprungen war, kam mit Armverletzungen davon.

## Bolkenhain

### In Tode mißhandelt

In Merzdorf verstarb das zehnjährige Schulmädchen Else Erler. Das Kind soll an Mißhandlungen und an Unterernährung gekorben sein. Die Leiche wurde zur Feststellung der Todesursache beschlagnahmt.

# Der Mord an der Mierkelshöhe

## Der Angestellte Hoffmann freigesprochen

In Ergänzung des gestern veröffentlichten Urteils in dem Mordprozess an der Mierkelshöhe bei Schweidnitz lassen wir folgenden U. Bericht über den Termin folgen: Vor dem Schweidnitzer großen Jugendgericht stand am Donnerstag eine Verhandlung gegen den 16jährigen Schiffsjungen Wilhelm Hoffmann, der angeklagt war, den 14jährigen Lehrling Gerhard Runge aus Schweidnitz ermordet und beraubt zu haben. Der Mord hat im vergangenen Jahre großes Aufsehen erregt. Einige Wochen nach Ostern wurde der vierzehnjährige Gerhard Runge in einem verschlossenen Brunnenhäuschen am Stadtfors als Leiche aufgefunden. Der Tote wies drei Messerstiche im Rücken auf. Die Leiche war auf ein Brunnenrohr festgebunden und mit diesem auf den Grund des Brunnens versenkt worden. Der Vermittelte hatte seinen Angehörigen vor seinem Verschwinden einen Betrag von etwa 50 Mark entwendet und ihnen mitgeteilt, daß er in die weite Welt wandern wolle. Zwei Tage darauf entfernten sich dann sein einige Jahre älterer Bruder und der jetzt unter Robdanlage stehende Freund der beiden, der 16 Jahre alte

Wilhelm Hoffmann. Beide nahmen in Hamburg Schiffsjungenstellen an, und traten auch größere Auslandsreisen an. Bei Eintritt in die Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er unschuldig sei, und sich im übrigen auf nichts erinnern könne. Die Verhandlung mußte deshalb in der Hauptsache unter Zuhilfenahme der verschiedenen richterlichen Vernehmungsprotokolle erfolgen. Sie ergaben zwar mancherlei Belastungsmomente, andererseits erbrachten die Aussagen der 24 Zeugen aber auch einen fast lückenlosen Widerbeweis, so daß selbst der Staatsanwalt nach achttündiger Verhandlung einen Vertagungsantrag einbrachte, da die vorliegenden Verdachtsmomente zu einer Verurteilung nicht ausreichten, andererseits aber durch einen Freispruch die ganze Angelegenheit im Sande verlaufen könne. Der Verteidiger beantragte Haftentlassung und Freispruch. In den Abendstunden verurteilte dann das Gericht seinen Beschluß. Der Angeklagte wurde freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen. In dem Beschluß heißt es, daß die Ursache zwar nicht erwiesen sei, daß aber auch kein begründeter Verdacht der Täterschaft bestehe.

# Niederschlesien

## Görlitz

### Die blutigen Matereignisse in Berlin im Lichtbild

Am Dienstag, dem 2. Juli 1929 im Konzerthaus :: Beginn 20 Uhr

## Das Reichsbereinsgesetz wirft seine Schatten voraus

Am 31. Mai sandte die hiesige Polizei ein Schreiben an unsere Ortsgruppe mit der Aufforderung, binnen einer Woche einzureichen: 1. die Satzungen der hiesigen Ortsgruppe, 2. ein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes mit Vornamen, Familiennamen, Beruf und Wohnung, 3. jede Aenderung der Satzungen sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Frist von zwei Wochen nach Eintritt der Aenderung anzugeben. Die unter 1. und 2. geforderten Angaben sollten binnen einer Woche beantwortet werden. Bereits 14 Tage vorher war diese Aufforderung mündlich durch einen Kriminalbeamten unserer Ortsgruppe übermittelt und ablehnend von uns beantwortet worden. Auf das schriftliche Ersuchen gab unsere Ortsgruppe die einzig richtige Antwort: nämlich gar keine. Man drohte in dem oben erwähnten Schreiben mit Zwangsmassnahmen, wenn die Angaben innerhalb einer Woche nicht gemacht würden. Zwei Wochen sind nun bereits über den uns festgesetzten Termin verstrichen. Von Zwangsmassnahmen keine Spur. Wahrscheinlich hat man auch mittlerweile in der Görlitzer Polizeiverwaltung in der Presse gelesen, daß ein Gesetz, das solche Verpflichtungen den Vereinen auferlegen will, erst in Vorbereitung ist. Denn sonst müßten bei der Schnelligkeit und Korrektheit der Görlitzer Polizei die angeordneten Zwangsmassnahmen durchgeführt sein. Noch ein bißchen Geduld, Herr Witzel, und nicht so fürmlich. Wenn Ewerrig sein Gesetz durchhaben wird — werden Sie prompt bedient werden. In dieser Hinsicht haben Sie doch noch nie Klage zu führen brauchen. Bei der Auflösung des RZB. fanden wir Ihnen doch mit „Kat und Lat“ zur Seite. An Eigentum konnten Sie allerdings nichts beschlagnahmen. Alles wird eben nicht in einem Flurhüchran aufbewahrt, zu dem Sie den Schlüssel besitzen. Auf Wiederhören das nächste Mal!

### Sieben Kinder ins Wasser geführt

Als eine Sorauer Schullasse auf der Fallperr in das Motorboot einsteigen wollte, brach plötzlich der überlastete Verbindungspiegel zusammen. Sieben Kinder stürzten ins Wasser, konnten aber sämtlich unverletzt gerettet werden.

## Bunzlau

Durch fremdes Mat gerettet. Beim Schinlenauschälen fuhr einem Fleischermeistersohn das Messer in den Oberarmel, so daß eine fast blutende Verletzung erlitt. Im Krankenhaus mußte sofort

eine Blutübertragung vorgenommen werden, um das Leben des Verunglückten zu erhalten.

**Im verschwundene Lohnbeutel.** Der Maurer Hermann E. stand vor dem Schöffengericht unter der Anklage des Diebstahls. Von Grenlich, wo er wohnte, war er bei Maurerarbeiten nach Nieder-Schönfeld gekommen. Hier verschwanden bei der Firma, bei der er zu tun hatte und bei der auch sein Sohn Lehrling war, zwei Lohnbeutel mit Inhalt. Der Verdacht fiel auf den Angeklagten, doch kam das Gericht zum Freispruch wegen Mangel an Beweisen.

## Hagnau

**Unterschlagungen.** Der 30jährige Schachtmeister Julius E. war bei der Liegnitzer Tiefbaufirma Bäumler beschäftigt. Hier hatte er u. a. die Arbeiter zu entlohnen. Seine zwei ersten Abrechnungen stimmten, doch schon die dritte war unvollständig. Als er mehr Geld anforderte als notwendig war, stellte man fest, daß er noch über 1000 Mark haben mußte. Dann verschwand er plötzlich. Nun stand er vor dem Liegnitzer Schöffengericht wegen Unterschlagung. Er brachte vor, 650 Mark bei einem Festgelage in Hagnau verloren zu haben. Das glaubte ihm das Gericht aber nicht. Er erhielt wegen Unterschlagung einen Monat Gefängnis mit Strafsaussetzung, wenn er den Schaden wieder gut macht.

## Aus dem Riesengebirge

**Fabrikbrand.** In der Hirschberger Dachpappfabrik Häusler, die er vor zwei Jahren völlig ausbrannte, entstand durch Feuer, der aus dem Kessel übergelaufen war, Feuer. Die Feuerwehr die mit zwei Motorfahrzeugen zur Stelle war, konnte den Brand mit Hilfe eines großen Aufgebots an Mannschaften durch Sandaufwerfen in zwei Etagen der Fabrik verhältnismäßig schnell erlöchen. Ein Arbeiter, der von einer Stichflamme erfaßt worden war, mußte verletzt aus dem Gebäude getragen werden.

**Schneefall an der Koppe.** Am Sonnabend war auf der Schneekoppe Schneefall und Frost zu verzeichnen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

**Wochenendfahrten, Wochenend- und Wandfahrten.** Wer Schließen lernen will, der muß sich an den Wochenendfahrten des Schlesischen Verkehrsverbandes beteiligen und seiner Wochenendfahrten bedienen. Die Kraftwagenfahrten, die am Ende jeder Woche und neuerdings auch während der Woche nachmittags von Breslau aus stattfinden, vermitteln dem Teilnehmer die intime Kenntnis Schlesiens. Das Gleiche bezieht sich auch auf die Wanderfahrten, die der Schlesische Verkehrsverband allsonntäglich vornimmt mit Hilfe der Eisenbahn (Sonntagsfahrten). Unter kundiger Führung werden die Teilnehmer in meist wenig bekannte Gegenden und in interessante Städte geführt. Schließlich sollte viel mehr von der Einrichtung der Wochenendfahrten in den schlesischen Gebirgen, Bädern und Städten Gebrauch gemacht werden. Der Schlesische Verkehrsverband gibt solche Wochenendfahrten für die verschiedensten Gebirge und Gegenden in Schließen und von 5 Mark an kann man Abende am Sonnabend, Nachtquartier, Sonntag Frühstück, Mittagessen und Abende haben. Des weiteren wird auf die Werbeprospekt des Schlesischen Verkehrsverbandes und seiner Mitglieder aufmerksam gemacht, ferner auf die

Flugscheine, Theaterkarten, die sämtlich beim Verkehrsbüro Breslau zu haben sind, und zwar Theaterkarten und Wochenendkarten in der Nebenstelle im Hauptbahnhof, werktäglich von 8—12 Uhr, Sonntags von 8—12 Uhr, daselbst auch Werbeprospekt, Auskünfte. Während der Ausstellung „Buma“ werden tägliche Rundfahrten in Breslau zur Beschäftigung der Sehenswürdigkeiten veranstaltet. Die Karten für die Kraftwagenfahrten, Flugscheine, ebenso Werbeprospekt sind im Hauptbüro, Am Hauptbahnhof 1, 1. Stock, werktäglich von 8—12 Uhr zu haben, daselbst auch Auskünfte. In der „Buma“ ist im Verkehrs-pavillon eine besondere Auskunftsstelle eingerichtet, in der sämtliche Karten usw. zu haben sind. Ganz besonders wird auf die bunt ausgestattete Werbeprospekt „Das schöne Schließen“ aufmerksam gemacht und auf den großen Führer von Breslau mit fast hundert Bildern und farbigem Stadtplan. Sie werden für 30 Pfg. bzw. 1,30 Mark zugesandt.

## Achtung! Oppeln!

Der ehemalige katholische Geistliche

### Josef Papert

spricht am 26. Juni 1929, 19.30 Uhr, in Oppeln, Schützenhaus Eintritt 20 Pfg.

Thema:

## Der befreite Papst

Vor 2 Jahren erlebten wir polizeiliche Redebote in Reisse und Oppeln, Saalabtreibungen durch den Klerus in Ratibor und anderen Orten. Auf unsere Beschwerden hat das Preussische Innenministerium nach Jahresfrist die Verbote gemißbilligt. Wir haben alle Maßnahmen ergriffen, um die Redefreiheit für ehemalige katholische Geistliche auch in Oberschlesien zu erzwingen.

Wir wollen sehen, ob der Staat härter ist oder die Kirche.

Papert spricht bestimmt, Sie müssen ihn hören.

Verband für Freibertentum und Feuerbestattung, Bezirk Schließen.

J. A.: gez. Pielsch.

**Zentral-Beleuchtungsanstalt**  
Herren- und Knaben-  
Berufs- und Arbeiterbeleuchtung  
Matthiasstrasse 124



**Kukirol**  
Horahau, Schwielow und Warzen  
besitzt schnell,  
sicher und unblutig  
Eine Packung Kukirol-Pflaster mit dem Garantie-Schein  
kostet 75 Pfg. Kukirol hilft sicher! Sie erhalten  
bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!

Kukirol-Verkaufsstellen: Drogerie Breukopf, Weinstraße 68/70; Drogerien  
Glatzel, Rolenthaler Str. 28; Drogerie Haupt, Vorwerkstr. 41; Drogerie  
Helmann, Gräblicher Str. 117; Drogerie Kinder, Gräblicher Str. 129;  
Drogerie Herzer, Gräblicher Straße 85; Drogerie Sablers, Weinstr. 33;  
Drogerie Schleichner, Friedr.-Wilh.-Str. 37; Dr. ogerie Schulz, Vinzenzstr. 7  
und Drogerie Ullrich, Creutzstr. 46



An ihrem Namen lebt Arbeiterblut!

Die Werbelampagne der Schupo

Soll einigen Monaten wurde versucht, die Reihen der 'Schupo' mit solchen Kräften aufzufüllen...

Wie jetzt der Oberpräsident mittels ist das Ergebnis ein recht schmales gewesen. Tiefbetriibt muß die Werbung fortgesetzt werden...

Wir freuen uns außerordentlich darüber, daß trotz schlechtester Wirtschaftslage die Arbeiterschaft sich nicht für die Schuppengarde des Kapitals lockern läßt...

daß an dem Namen 'Schupo' teures, brutal vergossenes Arbeiterblut lebt.

Die Schuppengarde ist nur gegen das Klassenbewußte Proletariat geschaffen, und hat sich in diesem Sinne unter sozialdemokratischer Leitung gut entwickelt...

Der Arbeiter, der in die Schuppengarde eintritt, geht zur Front des Kapitals über, gegen die Arbeiterschaft, gegen seine eigenen Brüder und Schwestern...

Gleiwitz

Steuererhöhung — Mietenerhöhung

Unsere Voraussetzungen über Steuererhöhungen, die wir anlässlich der Sitzberatungen machten, haben sich bewahrheitet...

- Gewerbeertragssteuer von 750 auf 800 Prozent; Steuer für bebauete Grundstücke von 275 auf 400 Prozent; Steuer für unbebaute Grundstücke von 400 auf 500 Prozent.

Die Steuererhöhungen sollen insgesamt 630 000 Mark einbringen. Die Massen werden wieder diese Steuererhöhungen zu bezahlen haben...

Mieten um 10 Prozent erhöht.

Das ist also die famose Kommunaloekonomie. Die Arbeiterschaft muß alles daran setzen, um dieser ein Ende zu machen.

Der Fall Nette

Wie wir noch erfahren, hat der Baumeister Nette, der Mitglied der städtischen Baudeputation ist, sich noch eines weiteren Vergehens schuldig gemacht...

Wir werden diese Sache nicht aus den Augen lassen und sind gespannt, was daraus werden wird.

Balzerhut geht wieder los

Der schon jahrelang von der Polizei gesuchte Balzer, der voriges Jahr durch seine Taten ganz Ostdeutschland in Schrecken und Staunen setzte, spukt wieder einmal herum...

Da wird sich irgendjemand wohl nur einen Scherz erlauben haben, mit der richtigen Voraussicht, daß dieser nicht. Wir halten den, die 'Michtige' Polizei schon jahrelang an der Nase herumführenden Balzer für nicht so dumm.

D. O. U.

Gleiwitz hat wieder einmal eine Ausstellung. Diese nennt sich D. O. U. und ist die 'Deutsche Gastwirts-Gewerbe-Ausstellung'.

Hindenburg

Krzimel auf Freiersfüßen

A. R. Die Bergarbeiter stehen immer noch in der Lohnbewegung. Die Gewerkschaftsführer läßt das vollkommen kalt, für sie ist der 'Fall erledigt'.

Bergarbeiter, daraus müßt ihr ersehen, daß für euch eben keine Zeit zum Kampf um höhere Löhne übrig ist.

Von der Strahenbahn überfahren

Am Freitag wurde im Stadteil Jaborce das Dienstmädchen Elisabeth Kwzinska aus Ruda von der Strahenbahn überfahren.

Die Zahlung der Militärrenten findet bereits Freitag, den 28. Juni, von 7 bis 14 Uhr, Gluckaufstraße 15, statt.

Beuthen

Kaufmann Pollak 15 Monate Gefängnis

Im Prozeß gegen den Kaufmann Pollak von hier, der vor dem Schöffengericht verhandelt wurde, verurteilte das Gericht folgenden Urteil: Der Angeklagte Pollak ist wegen verurteilter Brandstiftung in Lateinheit mit vollendetem Versicherungsbetrag zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis...

Fundstücken

Vom 28. Mai bis 16. Juni 1929 wurden folgende Fundstücke beim Polizeiamt Beuthen O. S. gemeldet und abgegeben: ein größerer Geldbetrag (polnische Banknoten), 1 goldene Damenbrille...

Ratibor

Mitteilungen der Bezirksleitung

Der Genosse Klaja, Johann, Ratibor, wurde wegen parteischädigenden Verhaltens aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Neustadt

Wie steht es mit dem Bahnbau?

Für den Bahnbau Neustadt-Lamsdorf sind die technischen Vorarbeiten soweit gediehen, daß mit dem Bau begonnen werden kann.

Paischkau

5000 Mark Prämie?

A. R. Dieses Jahr noch soll auf dem städtischen Gelände an dem Rannschbach, hinter der Obermühle gelegen, eine Mietkaserne für linderreiche Familien entstehen...

Wir ersuchen den Magistrat, sich hierüber zu äußern. Die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse daran.

Eine Badereise mit städtischen Geldern

Es ist nun wieder die Zeit gekommen, in welcher die bekannten Badereisen unternommen werden. Auch der Arbeiter unternimmt eine Badereise...

der stellvertretende Bürgermeister, Herr Schaffarczyk, unternimmt eine Badereise, wofür er 700 Mark städtische Gelder erhält.

Damit aber die ganze Sache nicht so kraß aussieht, wird gesagt, er verbindet mit dieser Badereise einen Stadttag.

Friedland

Prügelhelden auf Dominium Floste

A. R. Auf dem hiesigen Dominium werden durch den einen Schaffer die Landarbeiter immer noch als Sklaven behandelt. Dieser Mensch prügelt die ihm unterstellten Arbeiter.

Vom Wohnungsamt

Schon oft beklagten wir die unhygienischen Zustände beim städtischen Wohnungsamt. Das Wohnungsamt murkst aber weiter. Es sieht so aus, als wäre dieses Amt eine Filiale der Hausbesitzer.

Rauhenberg

Der Gefängnisaufseher Czurlibel

Auf unsern Artikel über 'Gefangenentätigkeiten im Oppelner Gefängnis' schreibt uns ein Arbeiter aus Zittowitz noch ein kleines Postersel des Gefängnisaufsehers Czurlibel.

Der Arbeiter war 1928 wegen eines Bergens gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung im Gefängnis in Reiffel inhaftiert. Czurlibel war dort vorübergehend Oberwachmeister.

Den dritten Sonntag bestellte er die Frau noch Kaffee zu einem Besuchen. Er bot der Frau verschiedenes an und sagte zu ihr, daß sie sich doch scheiden lassen sollte...

Oppeln

Der zweite sozialdemokratische Polizeipräsident

Wie wir schon berichten konnten, ist für den verwaisten Oppelner Polizeipräsidentenposten wieder ein Sozialdemokrat angetreten.

Zentrum und Sozialdemokraten haben also das Ding wieder mal gedreht. Eulajchel, der Zentrumsoberpräsident, bekommt aus Lindenburg einen sozialdemokratischen Außenposten als Polizeimeister nach Oppeln.

Magistrat erzieht die Jugend zum Alkoholgenuß

Die Erfüllung obiger Aufgabe scheint sich der Oppelner Magistrat zum Ziel gesetzt zu haben, denn anders kann man einen dieser Tage an die Sport- und Jugendorganisationen geschickten Witz nicht verstehen.

Nun liegt vor uns ein Beschluß des Magistrats, der von den Sport und Kultur treibenden Vereinen für die Benutzung eines Klassenzimmers 2 Mark und der Turnhallen 4 Mark pro Abend fordert.

Wir erwarten von allen Sport- und Kulturorganisationen, daß sie gegen diese Behandlung energig Protest einlegen.

Rot Front trotz alledem

Rot Front lebt, das sah man auch in Oppeln am Freitagmorgen im Straßenbild. Unsichtbare Hände hatten Wände, Bürgersteige und verschiedene andere in die Augen stechende Stellen gut lesbar beschriftet.

Schwurgerichtsperiode

Am 1. Juli beginnt die nächste Schwurgerichtsperiode. Der erste Termin wird sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit der Strafsache 'wegen gewerksmäßiger Abtreibung' gegen einen Hüttenarbeiter aus Zittowitz beschäftigen.



